

Rede

von

Dr. Peter Gauweiler, MdB
Staatsminister a.D.

Ökumenischer Neujahrsempfang
der
Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Berg

„Zur Lage der Christlichen Kirchen im Nahen Osten“

Berg, Katharina von Bora – Haus,
am 17. Januar 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Evangelisch in Altbayern: Mitten in einem großartigen Festmahl liegt ein Teller nur mit Vollkornbrot auf dem Tisch.

„... kopfunter gekreuzigt ...“

Die drei Weisen
aus dem Morgen-
land

Ich wünsche Ihnen allen, dass Sie eine „fröhliche und selige Weihnachtszeit“ feiern konnten. Wir befinden uns in der Nachweihnachtszeit zwischen Heilig Drei König, am 06. Januar und dem 02. Februar „Einführung Jesu in den Tempel“, was nicht nur in Altbayern Mariä Lichtmess heißt.

Und damit sind wir schon mitten im Thema:

Die drei „Weisen aus dem Morgenland“, wie Luther die „Magoi“ des griechischen Originals übersetzt.

Diese drei Weisen sind der geheimnisvollste Teil der Weihnachtsgeschichte, „*die dunkelsten Figuren im Ensemble*“, wie die Süddeutsche Zeitung sie nannte.

Persien, Babylon,

Die Weisen folgen einem Stern, der ihnen von einem

Arabien neugeborenen König kündigt. Die Wissenschaft von den Sternen war aber nach antiker Vorstellung untrennbar mit Babylon verbunden. Die „Magoi“ der Bibel wiederum sind die Mager, die gelehrten Sterndeuter Persiens.

Und ihre Geschenke verweisen auf „Arabia felix“: Gold, Weihrauch und Myrrhe waren wichtigste Importe aus dem „glücklichen“ Arabien.

Vertreter des alten Orient Die drei Weisen vertreten an der Krippe einen dreifachen, alten, märchenhaften Orient wie aus Tausendundeiner Nacht: Persien, das Zweistromland und Arabien.

Vertreter des jungen Christentums Zugleich stehen sie für die Länder, in denen das junge Christentum als erstes Fuß fassen konnte: In Ephesus wird das Sterbehaus Mariens verehrt, und in Damaskus lebten schon Christen, bevor dort Saulus/Paulus seine Bekehrung erfuhr.

Vielfalt altorientalischer Kirchen Wir im Westen Europas haben die ganze, wahrhaft orientalische Fülle und Buntheit dieser Kirchen im Nahen

Osten ein wenig aus den Augen verloren:

die syrische, die koptische, die armenische, die äthiopische Kirche, die Nestorianer und die Thomaskirche

- Alles uralte Kirchen, die auf ihre apostolische Gründung und Sukzession verweisen können und eifersüchtig auf ihrer Ancienität beharren:

- Die syrisch-orthodoxe Kirche versteht sich als älteste Kirche nach der Urgemeinde in Jerusalem.
- Die Thomaschristen in Indien sehen sich vom Apostel Thomas gegründet,
- die armenische Kirche sieht Judas Thaddäus und Bartholomäus als ihre Gründerväter.
- Die Kopten verweisen stolz auf ihren Gründer und ersten Bischof Markus, den Evangelisten.

Wer einmal die Grabeskirche in Jerusalem besucht hat (bis hinauf aufs Dach zu den armen Äthiopiern), der hat einen Eindruck von dieser Vielfalt mitgenommen:

beeindruckend, faszinierend, aber manchmal doch auch etwas fremd.

Kopten

Generalbischof Anba Damian ist der Kopf der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland und damit hierzulande höchster Repräsentant des koptisch-orthodoxen Papstes Tawadros II. Geboren 1955 als Refaat Ramzi Mikhail Fahmi in Kairo, studierte er zunächst Medizin und arbeitete zehn Jahre als Krankenhausarzt in Deutschland, bevor er 1991 seiner Berufung folgte, Mönch zu werden und 1995 die Weihe zum Generalbischof erhielt. Heute wird der Bischof förmlich umdrängt von den Überlebenden des Anschlags vom Neujahrstag, die erinnern an die 22 Bombenopfer, die nun von monumentalen Plakaten an der Markuskirche und der Petrikerche auf die Lebenden herunterlächeln.

Interview General-
bischof

Generalbischof Anba Damian erklärte in einem Interview im Dezember 2012:

Anba Damian

Kopte ist das griechische Wort für Ägypter und meint uns Ureinwohner, die Nachfahren der Pharaonen;

So ist Ägypten ursprünglich auch kein moslemisches, sondern eines der ältesten christlichen Länder der Welt. Vor allem aber ist es für uns Kopten nicht nur ein Land, in dem wir leben, sondern Ägypten lebt in uns.

Er erinnerte an die Ursache die Einwanderung der Araber im 7. Jahrhundert.

Die Heimat des Christentums in der Tat der Ostmittelmeerraum. Vier der fünf Patriarchen der Urkirche kamen aus dem Osten: Jerusalem, Konstantinopel, Antiochia und Alexandria – und nur einer, der Patriarch Roms, aus dem Westen. Und unter diesen kann die koptische Kirche als die älteste christliche Kirche der Welt gelten.

Zwar entstand sie nominell erst 451 mit der Aufspaltung der Urkirche auf dem Konzil von Chalkedon, bei dem im Westen auch die Katholische Kirche entstand, aber ihre Ursprünge gehen auf den Apostel Markus zurück, der das Christentum persönlich nach Ägypten gebracht hat, nachdem zuvor die heilige Familie schon in Ägypten zeitweilig Asyl gefunden hatte. So wurde die ägyptische

Kirche zu einer Mutterkirche der Christenheit.

Die Ostkirche war die Trägerin – die „Erfinderin“ der Mönchsklöster. Diese waren jahrhundertlang Zentren, nicht nur des geistlichen, sondern auch des geistigen Lebens in Europa und haben mit dafür gesorgt, daß der Kontinent sich schließlich modern entwickeln konnte.

Aus Ägypten stammt die überaus wichtige Alexandrinische Schule, für Jahrhunderte eines der geistigen Zentren der christlichen Welt – Stichwort Bibliothek von Alexandria. Ebenfalls große Bedeutung erlangte der das Christentum prägende nordafrikanische Kirchenvater Augustinus.

Irland und England, von wo aus Deutschland im 7. Jahrhundert christianisiert wurde, wurden ihrerseits von Kopten missioniert. Das Mönchtum breitete sich schließlich auch in Deutschland aus, daher kommt der Name der bayerischen Hauptstadt München. Etliche Kopten wurden außerdem zu Schutzheiligen bedeutender christlicher Zentren Deutschlands, wie Magdeburg, Köln, Bonn oder Trier, wo unter anderem der heilige Athanasius,

auch ein Kopte, lehrte.

Christentum im
Nahen Osten

Dem aufgeklärten Kirchgänger des Westens dürfte schon der Begriff Christenverfolgung unangenehm sein. Aber es gibt tatsächlich wieder Christen, die ihres Glaubens wegen ihr Leben lassen. In Europa wird das Christentum selbstkritisch mit Macht, Reichtum, Imperialismus und Kolonialismus assoziiert. Doch im Nahen Osten, an den ältesten Stätten ihrer Religion, den historischen Orten der Urgemeinde, sind Christen heute unter Druck, verletztlich, schwach – und in Gefahr. Am Schicksal der christlichen Minderheiten in Ägypten, im Irak, in Syrien und anderswo wird sich zeigen, wie human und tolerant die demokratiehungrigen islamischen Gesellschaften sind.

100 Millionen Christen weltweit werden in 139 Ländern verfolgt und bedrängt.

Neun islamische Länder sind unter den Top Ten der Staaten im "Weltverfolgungsindex" der Menschenrechtsorganisation Open Doors – Afghanistan, Saudi-Arabien,

der Irak, Jemen, Pakistan, Usbekistan, die Malediven, der Iran und Somalia. Ägypten ist seit dem Arabischen Frühling von Platz 19 auf Platz 15 aufgestiegen.

Erzbischof von Aleppo

Diese Länder, die „Erstgeborenen“ des Christentums und ihre Menschen, durften diesmal keine seligen Weihnachten erleben. Der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Aleppo, Mare Gregorios Yohanna Ibrahim, hat vergangene Weihnachten eine verzweifelte Botschaft an Jesus Christus verfasst.

Wäre Deine Geburt heute ...

„Wäre Deine Geburt heute, es gäbe keine Hirten.

Denn sich in der Nacht mit ihren Herden hinauszuwagen, würde sie versteinern lassen.

Die Weisen aus dem Morgenland könnten nicht sicher durch Syrien ziehen. Könnten sie noch einer Einkerkering entgehen, würden sie für Lösegeld entführt.

Die Heilige Familie könnte aus Sicherheitsgründen Ägypten nicht als Zuflucht wählen.

Und die Engel im Himmel fürchteten sich, die frohe Botschaft der Welt zu verkünden.“

Vom Frühling in den Winter

„Arabischer Frühling“,

Welche Ernüchterung, welcher Schrecken nach der großen Euphorie und Hoffnung des „Arabischen Frühlings“, der vor zwei Jahren seinen Anfang nahm. Damals waren der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika von autoritären und korrupten, doch überaus stabilen Regimen beherrscht. Deren Stabilität war durch Herrscher symbolisiert, die seit 20, 30 oder gar 40 Jahren an der Macht waren, wie Ben Ali in Tunesien, Mubarak in Ägypten und Gaddafi in Libyen.

Sturz der Autokraten

Mitte Dezember 2010 änderte sich das schlagartig, als sich in Tunesien ein junger Mann verbrennt, weil er keine Lebensperspektive mehr für sich sieht. Seinem Fanal folgen Massenproteste. Was in Tunesien beginnt, weitet sich zu einem Flächenbrand:

- Ben Ali flieht Mitte Januar 2011 aus dem Land.
- Knapp einen Monat später tritt Präsident Mubarak zurück.
- Libyen fällt in einen Bürgerkrieg, der nach einer

Eruption der Gewalt mit dem Tod des Diktators endet.

„Vom Wiedererlangen der arabischen Würde“
„Vom Wiedererlangen der arabischen Würde“ hat ein bekannter marokkanischer Autor sein Buch über den „Arabischen Frühling“ überschrieben. Ein Titel, der gut beschreibt, wofür die Menschen auf die Straße gegangen sind: Für Selbstbestimmung, Emanzipation, Freiheit von Bevormundung, Teilhabe an Wachstum und Entwicklung.

Lage der Christen im Nahen und Mittleren Osten

Allgemein

(Auswärtiges Amt)

Mit Ausnahme von Saudi-Arabien (SDA), das keine Religionsfreiheit erlaubt, sind in den arabischen Staaten Religions- und Glaubensfreiheit mit Einschränkungen gewährleistet. Christliche und jüdische Gemeinschaften – im klass. islam. Recht die sog. „Buchreligionen“ - werden anerkannt und genießen Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung.

Der **Neubau von nicht-islamischen Gotteshäusern** wird unterschiedlich geregelt (z.B. in SDA verboten; in Kuwait (KWT) faktisch nicht möglich, in Ägypten (EGY) mit bürokratischen Hürden verbunden; in den Palästinensischen Gebieten (PSE), Syrien (SYR) und Libanon (LBN) gut möglich).

Aus dem Islam entstandene Religionen (z.B. die Bahai in EGY; Yeziden in Irak (IRQ) und SYR) und andere durch Migrationsprozesse jüngerer Datums vertretene Religionen (z.B. Hinduisten, Sikhs, Buddhisten) unterliegen weniger klaren Regeln hinsichtlich Ausübungsfreiheit und kollektivem Rechtsstatus.

Die meisten arabischen Staaten wenden im **Zivilrecht** Vorschriften an, die für Muslime aus der Scharia und für Christen und Juden aus deren Rechtstraditionen abgeleitet sind.

Dies führt zu **Problemen bei gemischt-religiösen** (-innerhalb der Christen auch **interkonfessionellen**-) Eheschließungen und Scheidungen und zu Benachteiligung von Nichtmuslimen (z.B. Erbrecht bei gemischt-religiösen Familien). Das Fehlen des Instituts der „Zivilehe“ führt dazu, dass gemischtreliöse Paare (z.B. aus LBN, Israel (ISR), SYR) nur in säkularen Drittstaaten (z.B. Zypern (CYP)) die Ehe schließen können.

Das Recht, die **Religionszugehörigkeit zu wechseln**, ist in vielen Staaten für Muslime verboten (z.B. SDA, Jemen (YEM)), in anderen Staaten zwar erlaubt, aber aufgrund von Registrierungspflicht sowie zivilrechtlichen und sozialen Auswirkungen mit Schwierigkeiten verbunden (z.B. SYR). Konversionen finden daher oft im Verborgenen statt.

Missionstätigkeit ist nicht-muslimischen Gemeinschaften i.d.R. verboten, innerchristliche Mission wird in LBN, SYR, Jordanien (JOR) und PSE traditionell geduldet. In vielen Staaten ist der Islam per Verfassung verankerte **Staatsreligion**.

Ägypten

Höchste Anzahl von Christen aller Länder der arabischen Region. Christl. Bevölkerungsanteil: zwischen 5-10% (davon 90% koptisch-orthodox, 4,5% koptisch-katholisch); neue ägyptische Verfassung garantiert weiterhin freie Ausübung der Religion für die drei abrahamitischen Religionen Islam, Christentum, Juden-

tum) und verbietet Diskriminierung aufgrund der Religion.

Gleichzeitig erklärt sie jedoch den Islam zur Staatsreligion und die islamische Scharia zur Hauptgrundlage der Gesetzgebung. Dieser schon vorher bestehende Passus (Art. 2) wurde nun ergänzt durch:

- Art. 4: weitreichende Autonomie der religiösen Hochschule
Anhörungs pflicht in Fragen der Shari'a.
- Art. 219: Definition der Prinzipien der Shari'a; sie umfassen Grundlagen wie Fundamentaltheologie und kanonisches Recht. Kritiker befürchten, dass dieser Artikel ein Einfallstor für eine umfassende Islamisierung des Gesetzwesens darstellen könnte. Zudem ist unklar, welche Institution über strittige Fragen der Auslegung islamischen Rechts abschließend entscheiden wird – Al-Azhar oder das Parlament.
- Art. 3: Juden und Christen wird Autonomie u.a. für ihr Personenstandsrecht und religiöse Angelegenheiten zugesichert. Diese Regelung galt bisher zwar auch, hatte aber keinen Verfassungsrang. Damit gibt es weiterhin kein ziviles Familienrecht. Das koptische Personenstandsrecht verbietet Scheidung und gewährt Frauen weniger Rechte.

Jüngste Entwicklung

Neue Verfassung seit 25.12.2012 in Kraft (Wahlbeteiligung 33%,64% "Ja"). Parlamentswahlen voraussichtlich im April 2013. Verfassungsprozess hat zu Polarisierung geführt. In Nationaler Rettungsfront zusammengeschlossene Opposition droht bereits mit Boykott der Wahlen.

Am 06.01.2013 erfolgte begrenzte Regierungsumbildung (u.a. neuer Finanz- und Innenminister). Wirtschaftliche Probleme (u.a. steigendes Budgetdefizit, sinkende Devisenreserven, Abwertung) verschärfen sich weiter.

GCC-Staaten (v.a. QAT) leisten Direkthilfen. Geplantes Unterstüt-

zungsprogramm (Stand-by Agreement) des IWF (i.H.v. 4,8 Mrd. USD über 3 Jahre) wird weiter verhandelt. IWF fordert Umsetzung vereinbarter fiskalischer Maßnahmen (sogen. „prior actions“).

Tunesien

25.000 Christen, mehrheitlich (22.000) ausländische Katholiken. Die Verfassung Tunesiens sieht die freie Ausübung des Glaubens vor, so lange diese nicht die öffentliche Ordnung stört. Der rechtliche Status der katholischen Kirche ist seit 1964 durch einen konkordatsähnlichen Vertrag zwischen der Regierung und dem Heiligen Stuhl geregelt.

Tunesien zeigt gegenüber religiösen Minderheiten auch in der Praxis Toleranz

Jüngste Entwicklung

Ennahda unterstützt Initiative StP Marzoukis, nationalen Dialog abzuhalten. Von diesem soll politischer Fahrplan, insbesondere für Wahlen, erarbeitet werden.

Bisher genanntes Wahldatum (23.06.2013) ist aufgrund des noch laufenden Verfassungsprozesses unsicher.

Partei Nida Tunes etabliert sich ggü. islamistischer Regierungspartei Ennahda als neuer Oppositionsblock säkularer Kräfte. EU-TUN-Aktionsplan: bei Assoziationsrat am 19.11.2012 angenommen. TUN erhält (wie zuvor MAR) neuen Status („partenariat privilégié“).

Lybien

In Libyen gibt es keine einheimischen Christen. Die römisch-katholischen Gemeinden in Tripolis und Bengasi bestehen überwiegend aus Gastarbeitern und Migranten aus Subsahara-Afrika und Asien. Außerdem gibt es eine größere koptische Gemeinde von Gastarbeitern aus Ägypten, die über eigene Bischöfe in Tripolis und Bengasi verfügt. In Tripolis residiert ein römisch-katholischer Bischof, seit 1985 Bischof Martinelli, der auch während der Revolution 2011 in Libyen blieb und sich kritisch zur internationalen Intervention äußerte. Mit der Aufnahme diplomati-

scher Beziehungen zwischen dem Vatikan und Libyen 1997 war in Bengasi Bischof Magro als Bischof in Bengasi in sein Amt eingeführt worden.

Im Jahr 2012 gab es Angriffe gegen das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, lt. Bekenner schreiben wegen des als christliches Symbol wahrgenommenen Kreuzes.

Am 30. Dezember 2012 wurde ein Bombenanschlag auf die Koptische Kirche in Dafniya (in der Nähe Misratas) verübt, bei dem zwei Menschen starben und weitere zwei Personen verletzt wurden.

Die kleinen katholischen Gemeinden sind bislang nicht Ziel von Angriffen gewesen. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass sie von den Libyern in erster Linie als soziale Betreuungseinrichtungen für ausländische Wanderarbeiter wahrgenommen werden.

Jüngste Entwicklung

Eher Stagnation als dynamischer Neustart. Am 14.11.2012 vereidigte Übergangsregierung unter MP Seidan hat bislang keine richtungsweisenden Entscheidungen getroffen. Verfassungsprozess weiter aufgeschoben, Sicherheitslage sehr volatil.

Algerien

Christl. Anteil: 1%. Islam ist Staatsreligion. Religionsfreiheit ist zwar kein Verfassungsrecht, Christen dürfen aber ihre Religion ungehindert ausüben, soweit dies nicht dem „Gesetz zur Regelung der nicht islamischen Kulte“ zuwider läuft. Dieses Gesetz wurde 2006 als Reaktion auf die gesteigerte Missionstätigkeit verschiedener christlichen Gemeinden, insbesondere der amerikanisch-evangelikalen Gemeinden, erlassen.

Das Gesetz, welches sich inhaltlich in Teilen an dem in der Scharia festgelegten Verbot der Irtidad/Apostasie („Abfall vom islamischen Glauben“) anlehnt, verbietet unter Strafe die Missionierung unter Muslimen und die nichtgesetzeskonforme Ausübung der nicht islamischen Kulte.

Christliche Glaubensgemeinschaften, die nicht nach außen agieren, genießen größere Freiräume. In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu Anfeindungen und Übergriffen gegen Christen und deren Einrichtungen von Seiten der muslimischen Bevölkerung.

Der letzte gravierende Zwischenfall ereignete sich am 09. Januar 2010 in Tizi Ouzou (Kabylei), wo ein Gebetsraum von Islamisten in Folge Auseinandersetzungen zwischen evangelikalen Missionaren und der lokalen sunnitischen Bevölkerung in Brand gesteckt wurde. Eine generelle Eskalationsgefahr zeichnet sich derzeit aber nicht ab.

Christen gehörten bisher nicht zum Zielspektrum der terroristischen Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQM), vermutlich weil deren karitative Aktivitäten hohes Ansehen in der Bevölkerung genießen. Christen in Algerien werden weder durch den Staat noch durch extremistische in- oder ausländische Gruppierungen bedroht.

Der Staat geht aber konsequent gegen christliche Missionierung vor.

Bisher beobachtete Übergriffe auf Christen hatten ausschließlich lokalen Charakter und können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Marokko

20.000 Christen, fast ausschließlich mit ausländischem Hintergrund, die meisten von ihnen in Rabat und Casablanca.

In Marokko werden in vielen christlichen Kirchen regelmäßig Gottesdienste u.a. in französischer und spanischer Sprache abgehalten. Lediglich Glockengeläut ist untersagt. Daneben sind im ganzen Land katholische Orden karitativ tätig. Wenngleich der Übertritt zum Islam nach dem Marokko Staatsangehörigkeitsgesetz keine Voraussetzung zur Erlangung der marokkanischen Staatsbürgerschaft darstellt, geht Marokko generell sehr sparsam mit Einbürgerungen um und aus der Praxis sind keine Fälle bekannt, in denen ohne den vorherigen Übertritt zum Islam eingebürgert wurde.

Jüngste Entwicklung	Nach Verfassungsreform erstmals Regierung unter Führung einer islamischen Partei, die zunehmend versucht, staatstragend zu agieren. Machtzentrum bleibt jedoch weiterhin Königshof. Starke regionale Unterschiede sowie hohe Jugendarbeitslosigkeit führen teils immer noch zu sozialen Protesten. MAR sucht Anerkennung für evolutionären Reformansatz. Umsetzung Verfassungsreformen geht langsam voran.
Libanon	LBN stark konfessionell zersplittert: 18 anerkannte Religionsgemeinschaften (etwa 1/3 der Bevölkerung sind Christen); größte christl. Gruppen: Maroniten, Griechisch-Orthodoxe, Griechisch-Katholische, Armenier. Staatsoberhaupt General Michel Sleiman ist maronitischer Christ.
Jordanien	Christl. Bevölkerungsanteil: 3-4%. Christen sind in Regierung, am kgl. Hof und im Parlament (9 Sitze für Christen reserviert) vertreten. Islam ist Staatsreligion. Verfassung garantiert Religionsfreiheit. In Medien, Universitäten und Wirtschaft sind Christen überproportional vertreten. In der Praxis bestehen kaum Probleme bei Religionsausübung. Auch offiziell nicht anerkannte Religionen (z.B. Drusen, Baha'i) werden toleriert, sie können jedoch keine Schulen oder Orte des Gebets unterhalten.
Jüngste Entwicklung	Reformtempo insgesamt deutlich verlangsamt. Unterhauswahlen am 23.01.2013, islamistische Kräfte (Islamic Action Front) haben wiederholt Wahlboykott angekündigt. Schwierige Wirtschaftslage und Syrienkrise erschweren Gratwanderung des Königs zusätzlich. Wiederholt Demonstrationen, insbes. gegen Treibstoffpreiserhöhungen.

Syrien

Christl. Anteil: offiziell 10% (allerdings seit langer Zeit kein Zensus mehr, tatsächlicher Anteil deshalb eher bei 5%).

Die christliche Gemeinschaft ist seit Beginn der Bürgerkrieges gespalten: Viele Kirchenführer haben dem Assad Regime viele Monate durch den blutigen Konflikt hindurch die Gefolgschaft öffentlich aufrechterhalten. In den Gemeinden zeigt sich ein differenziertes Bild. Während einige fest zum Assad-Regime stehen, sind andere bereits in der Opposition aktiv. Einige (säkulare) Christen zählen zu herausragenden Oppositionsfiguren wie Michel Kilo (Demokratisches Forum) oder George Sabra (Vorsitzender des Syrischen Nationalrats, SNR).

Bisher sind keine systematischen oder flächendeckenden Übergriffe auf Christen oder andere religiöse Minderheiten bekannt. Allerdings hat im Verlauf des Aufstands eine Radikalisierung sunnistisch islamistischer Akteure besonders in Teilen der bewaffneten Opposition zusätzliche Befürchtungen unter Christen und anderen Minderheiten ausgelöst.

Bahrain

Christl. Anteil: 10%, vorwiegend philippinische und indische Gastarbeiter, die in ca. 20 Gemeindezentren und Kirchen ungehindert ihren christlichen Glauben praktizieren. Bahrain verfügt über eine kleinere Anzahl autochthoner, zumeist aus dem Irak emigrierte, chaldäisch-katholische Christen. Sie genießen in Bahrain großes gesellschaftliches Ansehen, volle Bürgerrechte und sind teilweise in hohe staatliche Positionen aufgestiegen.

Gem. Art. 2 der Verfassung ist der Islam Staatsreligion und die Scharia Hauptquelle der Rechtsprechung. Art. 18 der Verfassung garantiert Gleichheit aller Bürger, unbeschadet ihrer Rasse, Herkunft, Sprache, Religion oder Glaube.

Seit 2012 ist Bahrain Sitz des Apostolischen Vikariats Nördliches Arabien (zuvor in Kuwait); dieses umfasst die Staaten Bahrain, Katar, Kuwait und Saudi-Arabien. Der Bau der größten katholischen Kirche auf der Arabischen Halbinsel ist in Planung.

Irak

Trotz verfassungsrechtlicher Gleichberechtigung leiden die religiösen Minderheiten Iraks – wie Christen, Jesiden und Mandäer – unter gesellschaftlicher Diskriminierung und Verfolgung. In Irak existieren einige der ältesten christlichen Gemeinden. Von den 14 offiziell in Irak anerkannten Glaubensgemeinschaften ist die chaldäisch-katholische Kirche die größte. Das von vielen Chaldäern gesprochene Aramäisch gilt als die Sprache Jesu.

Zweitgrößte Gemeinde ist die selbständige, nicht mit Rom unio-nierte assyrische Kirche („Nestorianer“). Von den 2003 noch ca. 1,2 Mio. irakischen Christen leben heute nur noch ca. 400.000 in Irak.

Viele teils gut ausgebildete, arabisch sprechende Christen haben Zuflucht im relativ sicheren kurdischen Nordirak gefunden.

Die Situation der Christen hatte sich seit 2003 gravierend verschlechtert. In Kirkuk kam es jedoch 2011 auch zu versöhnlichen Gesten: So wurde am 08. Juli 2011 in Irak erstmals seit 2003 eine neue Kirche eingeweiht. Weitere Maßnahmen zum Schutz insbesondere der christlichen Minderheit waren 2011 eingeführte Sonderregelungen für christliche Beamte und die Einrichtung eines Büros zur Förderung von Belangen der christlichen Minderheit beim Staatspräsidenten.

Nur geringe Mitgliederzahlen orientalisch-christlicher Kirchen (u.a. Chaldäer, Nestorianer, Gregorianer, römische und syrische Katholiken, armenische Christen, Altsyrisch- Orthodoxe) und zahlreiche kleinere Religionsgruppen wie Jesiden, Mandäer, Shabak.

Iran

In Art. 13 der IRN Verfassung genannte „religiöse Minderheiten“ (Christen, Juden, Zoroastrier) dürfen ihren Glauben in Iran pro forma frei ausüben. Gleichzeitig sahen sich Christen, die nicht zu den alteingesessenen ethnischen Minderheiten IRN gehören, konfrontiert mit Verhaftungen, Drohungen seitens hoher Funktionsträger und Vorwürfen der Apostasie, auf die nach Sharia-Recht die Todesstrafe steht.

Stark eingeschränkt ist sowohl die freie Wahl wie die freie Verbreitung des Glaubens: Zum einen können Muslime ihren Glauben nicht frei wählen bzw. ändern. Konvertiten droht Verfolgung und Bestrafung, bis hin zur Todesstrafe (wg. „Apostasie“). Zum anderen ist die „Ausübung“ der Religion restriktiv auszulegen und schließt jede missionarische Tätigkeit aus. Missionierende Angehörige auch von Buchreligionen werden verfolgt und hart bestraft, ihnen kann als „mohareb“ (Kämpfer gegen Gott) eine Verurteilung zu Tode drohen.

Betroffen sind davon insbesondere Angehörige sogenannter „evangelikaler Freikirchen“, die missionarisch tätig sind. Christen, die Angehörige ethnischer Minderheiten sind (Armenier, Assyrer, Chaldäer), sind weitgehend in die Gesellschaft integriert. Soweit sie ihre Arbeit ausschließlich auf die Angehörigen der eigenen Gemeinden beschränken, werden sie nicht behindert oder verfolgt. Repressionen betreffen in erster Linie missionierende Christen, unabhängig davon, ob diese zuvor konvertiert sind. Missionierungsarbeit findet hauptsächlich durch evangelikale Freikirchen (z.B. die „Assembly of God“), sowie in weitaus geringerem Umfang durch die Assyrische und Armenisch-evangelische Kirche statt.

Staatliche Maßnahmen (v.a. Verhaftungen, Einschüchterung) richteten sich hier bisher überwiegend gezielt gegen die Kirchenführer und in der Öffentlichkeit besonders aktive Personen. Die Suche nach bzw. Verfolgung von Konvertiten und Missionaren erfolgt nicht strikt systematisch, sondern stichprobenartig. Die Behörden reagieren insbesondere auch auf Hinweise aus der Bevölkerung.

Katar

In Katar besteht keine wirkliche Religionsfreiheit. Der Islam ist Staatsreligion; nicht-muslimische Religionsgemeinschaften werden zwar nur unter diskriminierenden Bedingungen geduldet, aber nicht verfolgt. Abfall vom islamischen Glauben ist ein Verbrechen.

Mission für eine nicht-islamische Religion kann mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

Die einheimische Bevölkerung ist durchweg muslimisch, doch sind viele ausländische Arbeitnehmer Christen (mehrheitlich Katholiken aus Asien, aber auch christliche Araber, genaue Zahlen nicht bekannt). Sie können ihre Religion unter Einschränkungen ausüben, doch soll es Druck auf Langzeitbeschäftigte geben, zum Islam zu konvertieren.

Katholiken, Assyrer, Kopten, Anglikaner haben Kirchengebäude am unbesiedelten Stadtrand von Doha. Sie dürfen ihre Religion nur an diesem Ort ausüben und müssen dabei ein niedriges Profil wahren (Prozessionen und christliche Symbole in der Öffentlichkeit sind verboten).

Kuwait

Christen unterliegen den Diskriminierungen, die sich aus der Anwendung der Sharia vor allem im Familien- und Erbrecht, ergeben. Beruflich oder gesellschaftlich sind für die kleine Gruppe kuwaitischer Christen (rd. 200, vorwiegend aus dem Irak stammend) keine Einschränkungen bekannt.

Insgesamt wird nicht-muslimischen Religionen von der Mehrheit der Bevölkerung mit Toleranz begegnet. Der kuwaitische Emir Sabah Al-Ahmad Al-Sabah besuchte im Mai 2010 den Papst im Vatikan.

Die kuwaitische Verfassung sieht Religionsfreiheit vor, die Regierung begrenzt dieses Recht jedoch. Glaubensfreiheit ist respektiert, aber nicht-muslimische religiöse Vereinigungen haben Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres Glaubens.

Sieben christliche Kirchen genießen in Kuwait eine gewisse Form offizieller Anerkennung, die es ihnen erlaubt, offen zu operieren. Es handelt sich um die anglikanische, armenisch-orthodoxe, koptisch-orthodoxe, griechisch-katholische (melkitische), griechisch-orthodoxe, National Evangelical (Protestantisch) und die römisch-katholische Kirche, die für entsandtes Personal auch Visa erhalten.

Trotz der stark wachsenden ausländischen christlichen Gemeinde (mehr als 400.000) war es bisher nicht möglich, neue Kirchen zu bauen. Ein im Prinzip genehmigter Kirchenneubau scheiterte Ende 2010 an dem Einspruch der lokalen Behörden. Seit 1981 ist die Einbürgerung von Nicht-Muslimen nicht mehr möglich. Nicht-muslimischen Missionaren ist die Tätigkeit in Kuwait von der Regierung verboten. Ebenso werden auch christliche Verlage nicht gestattet; nur eine private Gesellschaft hat das Recht, nicht-muslimisches religiöses Material zu importieren. Christlicher Religionsunterricht ist in Kuwait auch an den internationalen Schulen nicht erlaubt.

Jemen

Jemen ist als islamischer Staat nach islamischem Recht verfasst. Kritik am Primat des Islam ist tabu, der Übertritt vom Islam zu einem anderen Glauben steht als Apostasie unter Todesstrafe (ein diesbezügliches Strafverfahren wurde in den letzten Jahren jedoch nicht bekannt).

Die grundsätzlich geübte religiöse Toleranz gegenüber Angehörigen anderer Religionen endet dort, wo diese eigene Rechte fordern. Andere Religionen, auch Christen, müssen ihren Glauben zurückhaltend ausüben, auf Missionierung stehen harte Strafen. Der Neubau nicht-muslimischer Sakralbauten wird nicht geduldet. Die verschwindend geringe Zahl von Christen – fast durchweg Ausländer bzw. afrikanische Flüchtlinge – trifft sich in Sana'a diskret in Privathäusern, während es in Aden noch eine Reihe von Kirchen aus britischer Kolonialzeit gibt. Nicht-Muslime können nicht ins Parlament gewählt werden.

Jüngste Entwicklung

Präsident Hadi versucht gegen erhebliche Widerstände (Ex-Präsident Saleh, Gen. Ali Muhsin) Restrukturierung der Sicherheitskräfte, Nationalen Dialog und Verfassungsreform als Voraussetzung für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anzugehen. Friends of Yemen-Konferenz in New York am 27.09.2012 brachte

breite Unterstützung für Transitionsprozess, der aber sehr fragil bleibt. Nationaler Dialog soll nun im Februar 2013 beginnen. Wirtschaftslage katastrophal, häufige Übergriffe auf Infrastruktur (Stromleitungen, Öl-/Gaspipelines). YEM bleibt auf direkte Budgethilfen aus Golfstaaten (v.a. SDA) angewiesen.

Oman

Es gibt keine offiziellen Zahlen betr. Religionszugehörigkeit, keine autochthonen Christen, aber einige Omani christlichen Glaubens. Islam ist Staatsreligion und Scharia Basis der Gesetzgebung.

Das omanische Grundgesetz sieht freie Religionsausübung vor. Oman pflegt im regionalen Vergleich ein liberales Verhältnis zu nicht-muslimischen Einwohnern. Ein Religionsministerium ist für alle Religionen zuständig. Missionierung ist nicht explizit verboten, aber Einschränkungen in der Praxis z.B. durch Einreisebestimmungen. Sultan Qabus stellt Christen und Hindu Land für Kirchen und Tempel zur Verfügung.

Saudi-Arabien

Über eine Million ausländischer Arbeiter (v.a. aus den Philippinen, aber auch einige Araber) sind Christen. Christliche Untergrundgemeinschaften werden z.T. inoffiziell geduldet, wenn sie sich strikte Selbstbeschränkung auferlegen.

Anfang 2012 berichteten internationale Medien ausführlich über eine Erklärung (keine Fatwa!) des Vorsitzenden des saudi-arabischen Rates der obersten Religionsgelehrten, Großmufti Abdulaziz bin Abdallah Al asch-Scheich, der, auf eine Anfrage von kuwaitischen Parlamentariern antwortend, erklärte, dass christliche Kirchen auf der Arabischen Halbinsel nicht gebaut werden dürften und die bestehenden zerstört werden sollten.

Vereinigte Arabische Emirate

Christl. Anteil: 10% (überwiegend asiatische Arbeitskräfte). Ungeachtet der Verfassung besteht keine wirkliche Religionsfreiheit. Missionstätigkeit für nicht-islamische Religionen, der Abfall vom muslimischen Glauben und Ehen muslimischer Frauen mit

Nicht- Muslimen sind verboten.

Im Übrigen erfahren Christen Toleranz; Fälle von Drangsalierung sind nicht bekannt. Es gibt Kirchen verschiedenster Glaubensrichtungen, deren Grundstücke zum Teil vom Staat zur Verfügung gestellt wurden. Mitunter wurden auch Kirchengebäude mit staatlichem Geld restauriert.

Christliche Symbole in der Öffentlichkeit unterliegen Beschränkungen, doch haben staatliche Vertreter oft keine Berührungängste gegenüber den Kirchen und sind mitunter bei Kircheinweihungen anwesend. Abu Dhabi ist Sitz des Vikariats Südliches Arabien der katholischen Kirche; dies umfasst Jemen, Oman und VAE (rd. 2 Mio. Christen).

Europa in der Pflicht

Vorbild Europa

Europa hat bei sich die Unfreiheit überwunden und zu Versöhnung, Frieden und Demokratie gefunden hat. Es war dieses Vorbild Europas, das die Menschen im Süden und Osten des Mittelmeers bewogen und ermuntert hat, den „Arabischen Frühling“ zu wagen.

Friedensnobelpreis

Das Nobelpreiskomitee hat im letzten Dezember die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet - für das Beispiel, das Europa der Welt gegeben hat: in der deutsch-französischen Versöhnung, in

der Überwindung der Diktaturen in seinen südlichen Staaten und der Überwindung der kommunistischen Diktaturen in seinem Osten. Dieser Friedensnobelpreis ist die dringende Aufforderung, sich über Europa hinaus auch in seiner Nachbarschaft für Frieden, Demokratie und Versöhnung einzusetzen.

Frieden um das
Mare Nostrum

„Mare Nostrum“ - unser Meer - war das Mittelmeer einst im Römischen Reich. Es ist auch heute unsere aller-nächste Nachbarschaft und für uns Christen die Geburtsstätte und der erste, wichtigste Entfaltungsraum unserer Religion. Europa und alle seine Mitgliedsstaaten sind da in der Pflicht.

Politik der EU

(Auswärtiges Amt)

Seit Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (März 2011) soll stärkere Verknüpfung zwischen Reformfortschritten und EU-Unterstützung stattfinden („more for more“). Koordinierung der EU-Kooperation mit südlichem Mittelmeerraum ist Aufgabe des EU-Sonderbeauftragten Bernardino León im Rahmen sogen. Task Forces (bisher mit Tunesien (TUN),

Jordanien (JOR), Ägypten (EGY)).

Am 19.12.2012 veröffentlichte die EU eine Gemeinsame Mitteilung zum Maghreb. Darin werden bisherige Instrumente bekräftigt: Stärkung der Südlichen Nachbarschaft innerhalb der ENP durch Förderung von Demokratie, Handel, Mobilität, regionaler Integration (inkl. Süd-Süd-Integration) und Sicherheit. Verhandlungen zu weitreichenden und umfassenden Freihandelszonen (DCFTAs)

mit Marokko (MAR), Jordanien (JOR), Tunesien (TUN) sollen Anfang 2013 anlaufen.

„Dialoge über Migration, Mobilität und Sicherheit“ mit TUN/MAR wurden eingeleitet (Ziel: Mobilitätspartnerschaften). Zusätzliche Ressourcen für den Süden werden über das neue Rahmenprogramm SPRING (Support for Partnership, Reform and Inclusive Growth) bereitgestellt: 540 Mio. EUR für 2011-2013.

Zudem schlägt die Kommission einen Aufwuchs des Finanzvolumens der ENP für 2014-2020 (hiervon ca. 2/3

für südl. Nachbarschaft) vor.

Politik der Bundes- BM Westerwelle bereiste arabische Region seit Beginn
regierung der Umbrüche mehrfach.

BK'in Merkel stellte vor G8-Gipfel in Deauville (Mai 2011)
bilaterale Schuldenumwandlungen i.H.v. 300
Mio. EUR in Aussicht.

Bei deutsch-tunesischen Staatssekretär-Konsultationen
(Sept. 2012) wurde Intensivierung der Zusammenarbeit
beschlossen. Bei DEU-EGY Lenkungsausschuss
(Nov.2012) haben BM und ägyptischen AM Amr ge-
meinsame Erklärung als aktualisierte Grundlage der
Transformationspartnerschaft vereinbart.

Laut Vorgabe Kabinett/BT werden die dem AA zur Ver-
fügung gestellten Transformationsmittel (100
Mio. EUR für 2012/2013) zur Unterstützung der Demo-
kritisierungsprozesse in Nordafrika/Nahost zu etwa
60% im politischen und wirtschaftlichen Bereich, zu

rd. 40% für Kooperationen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich eingesetzt.

Für 2012 wurden Transformationsmittel nahezu vollständig umgesetzt, Mittel für 2013 sind bereits fest verplant.

Die Finanzierung von Transformationsvorhaben über 2013 hinaus ist bisher offen.

Militäraktion in Syrien

Angesichts der katastrophalen, chaotischen Situation in Syrien wird immer wieder eine internationale Militäraktion in die Diskussion gebracht. Ich persönlich lehne ein derartiges militärisches Eingreifen – strikt ab. Und davor warnen auch die Betroffenen dringend.

Der syrisch-orthodoxe Metropolit von Aleppo, Mar Gregorios Yohanna Ibrahim, hat einer Militärintervention von außen eine deutliche Absage erteilt:

*„Das wäre eine Katastrophe“,
„überlasst Syrien den Syrern“.*

Arbeit des Unterausschusses

Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat auch die Aufgabe; bei Konflikten, die mit herkömmlichen diplomatischen Mitteln nur schwer zu lösen sind, mit den Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit zum Lösen der Konflikte beizutragen.

Dabei ist der Einsatz für die Religionsfreiheit zentraler Teil unserer Menschenrechtspolitik und auswärtigen Kulturpolitik. So sehen wir die Sorge für die Christen und ihre Kirchen als einen Schwerpunkt unserer Arbeit.

Darum hat der Unterausschuss auch den letzten „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Christen und der christlichen Gemeinschaften in der Diaspora“ intensiv begleitet und dessen Folgerungen in die Arbeit des Bundestags eingebracht.

Kennzeichnend für die Arbeit des Unterausschusses ist

an

seine Reise nach Teheran im Oktober 2010

Im Mittelpunkt der Reise standen politische Gespräche mit führenden Parlamentariern und Regierungsvertretern, mit parlamentarischen Freundschaftsgruppen, mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Oppositionen, Menschenrechtsorganisationen, im Iran vertretenen Religionsgruppen sowie Künstlern und Medienvertretern.

Wiedereröffnung
eines Goethe-
Instituts

Die Delegation setzte sich insbesondere dafür ein, die juristischen Probleme aus dem Weg zu räumen, die der Bebauung des bereits gekauften Geländes mit einer neuen deutschen Botschaftsschule im Wege stehen. Es ging um die Wiedereröffnung eines Goethe-Instituts in Teheran sowie um die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding mit dem DAAD sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Archäologischen Institut. Der Abschluss eines Kulturabkommens zwischen Iran und Deutschland wurde angesprochen.

- Treffen mit religiösen Minderheiten
- Der Unterausschuss traf sich mit Abgeordneten der religiösen Minderheiten im iranischen Parlament (Assyrer, armenische Christen, jüdische Gemeinde und Zoroastrier) und besuchte die jüdische, die katholische und die protestantische Gemeinde in Teheran. Die Delegation führte ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Menschenrechtsrates der iranischen Justiz, Dr. Mohammad Javad Larijani und übergab eine Liste von ausgewählten Menschenrechtsfällen.
- Gespräche überwiegend positiv
- Die Gespräche verliefen überwiegend positiv. Es wurde in Aussicht gestellt, die vorgelegten und vorgetragenen Probleme wie die Menschenrechtsfälle zu prüfen und die Bereitschaft zum weiteren Dialog signalisiert.
- Freilassung zweier deutscher Journalisten
- Die Reise war überschattet von dem Bemühen, die Freilassung zweier deutscher Journalisten im Iran zu erreichen. Am letzten Tag der Reise kam die erlösende Nachricht, dass Iran den konsularischen Zugang zu den beiden Journalisten ermöglicht hat.

Tür zu weiteren Kontakten geöffnet

Die Delegation ist überzeugt, mit den auf verschiedener Ebene geführten Gesprächen die Tür zu weiteren Kontakten mit der Islamischen Republik Iran ein wenig geöffnet zu haben.

Nächste Reise

Eine ähnliche Delegationsreise planen wir für den Mai 2013 nach Damaskus oder nach Antakya und Beirut.

Reise in den Irak 2003

Golf- und Irakkrieg

Mich persönlich hat dieser Raum schon seit langem in seinen Bann gezogen, und so habe ich im Golf- wie im Irakkrieg versucht, in der deutschen Politik für eine friedliche Lösung und um Unterstützung für die leidgeprüften Menschen in diesen Ländern zu werben.

Johannes Paul II. und die Evangelische Welt

„Nein zum Tod! Nein zum Krieg! Ja zum Leben! Ja zum Frieden!“

In der aufsehenerregenden Ansprache hatte sich Papst Johannes Paul II. gemeinsam mit der evangelischen

Welt einschließlich der methodistischen Kirche der USA gegen einen Irak-Feldzug ausgesprochen, den die USA unter George W. Bush gegen den Diktator Saddam Hussein planten. Diese klare Haltung des Papstes war für Willy Wimmer, Mitglied des Deutschen Bundestages und längere Jahre parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, und für mich der Anstoß, in dieser schweren Zeit die Hilfe des Vatikans zu suchen, um einen humanitären Besuch im Irak zu wagen.

Kardinal Joseph Ratzinger

Es war dann Kardinal Joseph Ratzinger, der uns den Weg zu der mit Rom unierten chaldäischen Kirche öffnete. Der chaldäische Patriarch von Babylon, seine Eminenz Raphael I. Bidawid, lud uns in seine Gemeinde nach Bagdad ein, um „mit uns gemeinsam in unseren Kirchen dafür zu beten, dass der Herr den Krieg und seine tragischen Folgen von uns fernhalte“.

Heilige Messe in Bagdad

So durften wir mit den chaldäischen Christen in Aramäisch, in der Sprache Christi, die Heilige Messe in der Kirche St. Joseph in Bagdad feiern und der bedrängten

christlichen Gemeinde des Iraks unsere Anteilnahme und Unterstützung versichern.

Schlag ins Gesicht der Moslem

Willy Wimmer und ich waren uns einig, dass der drohende Krieg der USA gegen den Irak ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg wäre, mit schrecklichen Folgen für die Bevölkerung des Iraks, im Besonderen für die chaldäisch-katholische Kirche (die dann auch später als Verbündete der amerikanischen „Kreuzritter“ verleumdet und verfolgt wurde). Katastrophal war auch die Wirkung des Krieges über den Irak hinaus: Alle kirchlichen Vertreter, die wir in Bagdad sprachen, erklärten uns, dass diesen Krieg nicht nur die Iraker, sondern eine Milliarde Moslems auf der ganzen Welt als Schlag ins Gesicht empfinden würden.

Aber in der Frage, ob Bush oder der Papst Recht hat, haben der Katholik Wimmer und der Lutheraner Gauweiler sich auf die Seite des Papstes gestellt.

Versöhnung mit den Moslim

„Nostra aetate“

Vor 50 Jahren das Zweites Vatikanum:

„X. Die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra aetate“, Artikel 3“

„Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie bemühen sich, auch seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gerne beruft. ...

Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslim kam, ermahnt die Heilige Synode (= das Zweite Vatikanische Konzil) alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für al-

le Menschen.“

Papst Johannes
Paul II.

Papst Johannes Paul II. in der Omaidadenmoschee in
Damaskus am 6. Mai 2001

„Es ist meine sehnliche Hoffnung, dass die muslimischen und christlichen Religionsführer und -lehrer unsere beiden großen Gemeinschaften als Gemeinschaften eines respektvollen Dialogs darstellen und niemals mehr als im Konflikt stehende Gemeinschaften. ...

Gewalt zerstört das Abbild des Schöpfers in seinen Geschöpfen und sollte nie als Ergebnis religiöser Überzeugung angesehen werden. ...

Ein besseres gegenseitiges Verständnis wird auf praktischer Ebene gewiss dazu führen, unsere beiden Religionen auf neue Art und Weise darzustellen: Nicht als Gegner, wie in der Vergangenheit allzu oft geschehen ist, sondern als Partner für das Wohl der Menschheitsfamilie. ...

Mögen sich die Herzen von Christen und Muslimen mit

Empfindungen der Brüderlichkeit und Freundschaft einander zuwenden, damit uns der Allmächtige mit dem Frieden segnet, den allein der Himmel geben kann. Dem einen, erbarmungsvollen Gott sei alle Zeit Preis und Ehre.

Amen.“

Papst Benedikt
XVI.

Papst Benedikt XVI. bei der Begegnung mit dem Präsidenten für religiöse Angelegenheiten in Ankara, am 28. November 2006

„Christen und Muslime folgen ihrer jeweiligen Religion und machen so auf die Wahrheit des sakralen Charakters und der Würde des Menschen aufmerksam.

Das ist die Grundlage für unsere gegenseitige Achtung und Wertschätzung. ...

Wir sind zur Zusammenarbeit aufgerufen, um so der Gesellschaft zu helfen, sich dem Transzendenten zu öffnen und Gott, dem Allmächtigen, den ihm zustehenden Platz einzuräumen. Der beste Weg, um vorwärts zu kommen, führt über einen authentischen Dialog zwischen Christen

und Muslimen, der in der Wahrheit gründet und von der aufrichtigen Sehnsucht inspiriert ist, einander besser kennenzulernen im Respekt der Unterschiede und in Anerkennung dessen, was uns gemeinsam ist. ...

Als Beispiel für den brüderlichen Respekt, mit dem Christen und Muslime gemeinsam wirken können, möchte ich einige Worte von Papst Gregor VII. aus dem Jahr 1076 zitieren. Dieser sprach von der besonderen Liebe, die Christen und Muslime einander schulden, denn „wir glauben und bekennen den einen Gott, wenn auch auf verschiedene Weise, jeden Tag loben und verehren wir ihn als Schöpfer der Jahrhunderte und Herrscher dieser Welt.“

Rede von Dr. Peter Gauweiler, MdB, Staatsminister a.D.
 Ökumenischer Neujahrsempfang der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Berg
 „Zur Lage der Christlichen Kirchen im Nahen Osten“
 Berg, Katharina von Bora – Haus, am 17. Januar 2013

Anreden	1
Pfarrer Habdank	1
Pfarrer Wandachowicz	1
Bürgermeister Mohn	1
Ökumene	1
„... kopfunter gekreuzigt ...“	2
Die drei Weisen aus dem Morgenland	2
Persien, Babylon, Arabien	2
Vertreter des alten Orient	3
Vertreter des jungen Christentums	3
Vielfalt altorientalischer Kirchen	3
Erzbischof von Aleppo	9
Wäre Deine Geburt heute	9
Vom Frühling in den Winter	10
„Arabischer Frühling“,	10
Sturz der Autokraten	10
„Vom Wiedererlangen der arabischen Würde“	11
„Islamistischen Winter“	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Islamisten auf dem Vormarsch	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Zunahme antichristlicher Tendenzen	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Verlust des christlichen Iraks	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Lage der Christen im Nahen und Mittleren Osten	11
Allgemein	11
Ägypten	12
Jüngste Entwicklung	13
Tunesien	14
Jüngste Entwicklung	14
Lybien	14
Jüngste Entwicklung	15
Algerien	15
Marokko	16
Jüngste Entwicklung	17
Libanon	17
Jordanien	17
Jüngste Entwicklung	17
Syrien	18
Bahrain	18
Irak	19
Iran	19
Katar	20
Kuwait	21
Jemen	22
Jüngste Entwicklung	22
Oman	23
Saudi-Arabien	23
Vereinigte Arabische Emirate	23

Europa in der Pflicht	24
Vorbild Europa	24
Friedensnobelpreis	24
Frieden um das Mare Nostrum	25
Politik der EU	25
Politik der Bundesregierung	27
Günther Verheugen	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Militäraktion in Syrien	28
Versöhnung mit den Moslim	34
„Nostra aetate“	35
Papst Johannes Paul II.....	36
Papst Benedikt XVI.	37
Arbeit des Unterausschusses	29
Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.....	29
Bericht Bundesregierung	29
Reise nach Teheran	29
Wiedereröffnung eines Goethe-Instituts	30
Treffen mit religiösen Minderheiten.....	31
Gespräche überwiegend positiv	31
Freilassung zweier deutscher Journalisten	31
Tür zu weiteren Kontakten geöffnet	32
Nächste Reise	32
Reise in den Irak 2003	32
Golf- und Irakkrieg	32
Johannes Paul II.....	32
Kardinal Joseph Ratzinger	33
Heilige Messe in Bagdad.....	33
Schlag ins Gesicht der Moslem	34
Auf die Seite des Papstes	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Unsere persönliche Hilfe	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Gebet ist das Erste	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Thomas Schirmmacher	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Bestandteil des Gemeinde-Lebens.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Lebensgeschichten präsent.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Bestandteil der Liturgie.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Predikt-Thema.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Gebet für konkretes Anliegen	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Zeugnis der Verfolgten	Fehler! Textmarke nicht definiert.